

FDP-Empfehlungen zu den Abstimmungen vom 7. März 2010

Eidgenössische Abstimmungen

- › Bundesbeschluss zu einem Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen **JA**
- › Tieranwalt-Initiative **NEIN**
- › BVG; Änderung Mindestumwandlungssatz **JA**

Kantonale Abstimmungen

- › Keine kantonalen Abstimmungen

Städtische Wahlen

- › Stadtratswahlen: Andres Türler, Martin Vollenwyder und Urs Egger
- › Gemeinderatswahlen: FDP / Liste 3

Kommentar von Andreas Egli, Präsident FDP 10, zu den Abstimmungen:



Bei der **2. Säule (BVG)** werden die Renten aus dem Zins der individuellen Ersparnisse bezahlt. Die Höhe der Rente bestimmt sich nach dem gesparten Kapital und der Lebenserwartung. Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt noch immer. Daher muss das angesparte Kapital ab der Pensionierung immer länger halten. Die Gesetzesänderung schlägt vor, den Umwandlungssatz etwas zu reduzieren. Linke und Gewerkschaften haben das Referendum dagegen ergriffen. Jetzt stehen wir vor der Wahl: etwas tiefere, dafür faire Renten akzeptieren, oder die Jungen bestehlen, damit wir noch ein paar Jahre über unseren Verhältnissen leben können, ehe der Schuldenhammer kommt. Wie werden Sie entscheiden? Verantwortung übernehmen heisst, der nächsten Generation nicht nur Schuldenberge zu hinterlassen und es bedeutet, Fakten zu akzeptieren und die Konsequenzen daraus zu ziehen. Wussten Sie übrigens, dass die BVG-Kassen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam, paritätisch geführt werden? Und wussten Sie, dass laufende Renten nicht angetastet werden? **Legen Sie ein verantwortungsvolles JA zu einem fairen BVG-Umwandlungssatz in die Urne.**

Frage: Was macht ein **Tieranwalt**? Antwort: Er verklagt Fischer, die einen tollen Hecht aus dem Zürichsee gezogen haben, verliert den Prozess und stellt der Allgemeinheit eine gesalzene Rechnung für seinen Aufwand. Dabei haben wir in der Schweiz eine umfassende Gesetzgebung im Bereich des Tierschutzes. Verstösse gegen das Tierschutzgesetz werden von der Staatsanwaltschaft verfolgt und von unseren Gerichten geahndet. Das Amt des Tieranwalts ist nichts anderes als ein für die Allgemeinheit teurer Postenschacher. In Zukunft soll ein ganzes Heer von Tieranwälten die Anliegen fanatischer Tierschützer vertreten – auf Kosten der Allgemeinheit. Tierschutz ja – aber **keine überflüssigen Tierschutzanwälte auf Kosten der Allgemeinheit – daher NEIN zur Tieranwalts-Initiative.**

Das Statement zu den Gemeinderatswahlen:

„Wir versprechen Ihnen nicht das Geld anderer Leute, wir beschimpfen keine Ausländer und wir verbieten weder Minarette noch Plakate noch Offroader. Dafür haben unsere Gemeinderatskandidierenden im vergangenen Krisenjahr 84 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das nenne ich Leistung. Jetzt wäre ein guter Zeitpunkt, Ihre Stimme abzugeben. Die FDP / Liste 3 dankt.“

Das Statement zu den Stadtratswahlen:

„Andres Türler, Martin Vollenwyder und Urs Egger gehören auf jede Stadtratsliste.“

Das Statement zur Wahl um das Stadtpräsidium:

„Äh, wer?“